

Protestkundgebung gegen das Sparpaket 12/15 vom 26.10.11: Effizienzsteigerung = heisse Luft!

Von Michael Weiss

Seit der Protestkundgebung gegen die Pläne zur Einführung von Leistungslöhnen (Pratteln 2004) vermochte keine Aktion der Baselbieter Personalverbände mehr in so grossem Masse zu mobilisieren wie die jüngst durchgeführte Protestveranstaltung gegen das «Entlastungspaket 12/15» in Muttenz. Deutlich über 800 Teilnehmende – darunter auch LCH-Präsident Beat W. Zemp – füllten den Mittenza-Saal bis weit über den letzten Sitzplatz hinaus und sorgten gehörig für Stimmung. Als absolut ausserordentlich darf die breite Trägerschaft der Veranstaltung bezeichnet werden: Einerseits waren da die Personalverbände, also LVB, VSLBL, VSG, PVPBL und VPOD, dann aber auch die AKK und, als dritte Gruppierung, die Verbände VCS, der Baselbieter Heimatschutz und der WWF. Zwar nicht als Mitorganisatoren, aber doch als aktiv Teilnehmende traten schliesslich die Grauen Panther und eine Vertretung der Schülerschaft in Erscheinung.

Stellungnahmen zu den Bereichen Heimatschutz, ÖV und Umwelt

Der LVB verteilte vor dem Eingang exakt 187 gelbe Luftballone (einen für jede Sparmassnahme), die mit dem LVB-Logo und der Aufschrift «Effizienzsteigerung = heisse Luft» bedruckt waren. Diese prägten eindrücklich das optische Erscheinungsbild des Veranstaltungsbeginns, während die Street-Jazz-Band «Brazz Attack» akustisch auf die Kundgebung einstimmte. Nach einer kurzen Eröffnung durch Matthias Scheurer vom VPOD erläuterten die Vertreter von Baselbieter Heimatschutz, VCS und WWF ihr Nein zu den sie betreffenden Sparmassnahmen. Markus Jermann vom Baselbieter Heimatschutz zeigte am Beispiel von Schloss Zwingen auf, wie das kulturelle Erbe zu zerfallen droht, wenn es in private Hände gegeben wird. Simon Trinkler vom VCS äusserte seine Befürchtungen vor noch mehr Staus auf den Strassen als Folge der Abbaupläne im ÖV-Bereich und warnte eindringlich davor, das U-Abo in seiner heutigen Form aufzuheben. Jost Müller vom WWF stellte in Aussicht, dass die geplante Kürzung des Verpflichtungskredits für den ökologischen Ausgleich um 116 000 Fr. Subventionskürzungen vom Bund in der Höhe von 1,2 Millionen Franken nach sich zöge, womit sich der Spareffekt ins Gegen teil verkehren würde.

Staats- und Gemeindeangestellte im gleichen Boot wie die Lehrerschaft

Nach einem musikalischen Intermezzo von «Brazz Attack» sprach VSG-Präsidentin Sibylle Hellstern über die Auswirkungen des «Entlastungspakets 12/15» auf das Staatspersonal. Sie stellte fest, dass nach den GAP-Sparrunden von 2004 bis 2006, deren letzte Massnahmen erst 2010 umgesetzt worden sind und die ebenfalls ein

Sparvolumen von 165 Millionen Franken umfassten, bereits wieder gespart werden müsse, woran sich die fehlende Nachhaltigkeit solcher Sparübungen zeige. Nicht das Staatspersonal sei schuld an der jetzigen Finanzmisere, denn dieses habe seit 1998 eine reale Lohneinbusse von 2,8% durch nicht gewährte Teuerungsausgleiche in Kauf nehmen müssen und sei unter anderem in Form massiver Abstriche bei den Treueprämien weiter «bestraft» worden.

Sibylle Hellstern kritisierte zudem die respektlose Behandlung der Angestellten durch den Arbeitgeber, der es nicht für nötig befunden hatte, sein Personal vor der Presse über die Abbaupläne zu informieren. Über den Sozialplan für Mitarbeitende, welche ihre Stelle verlieren würden, sei bis heute nichts bekannt. Weiter wies sie auf Sparposten im Gesamtumfang von fast 50 Millionen Franken hin, die direktionsübergreifend wirken sollen, aber in keiner Weise konkretisiert seien, sondern unter nichtssagenden Titeln wie «weiterer Ausgabenverzicht» oder «Optimierung Personalwesen» geführt würden.

Warnung vor Senkung der Bildungsqualität

LVB-Präsident Christoph Straumann war als Letzter an der Reihe und sprach für die in Bezug auf die Arbeitsbedingungen am stärksten betroffene und unter den Teilnehmenden auch am zahlreichsten vertretene Staatspersonalgruppe: die Lehrerinnen und Lehrer. Er stellte zunächst klar, dass Lehrerinnen und Lehrer selbstverständlich gewillt seien, einen guten Job zu verrichten und sich voll und ganz für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen einzusetzen. Sie bräuchten dafür aber Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen würden, dieses Bestreben auch erreichen zu können. Mit

den vorgeschlagenen Sparmassnahmen würden jedoch Mittel ins Auge gefasst, die den Schulunterricht massiv einschränken und dazu führen würden, dass das Bildungsangebot sicher nicht mehr im bisherigen Rahmen aufrecht erhalten, geschweige denn – so wie es im Zusammenhang mit der anstehenden Bildungsharmonisierung anzustreben wäre – ausgebaut werden könne. Damit stehe ganz konkret und unmissverständlich die Bildungsqualität auf dem Spiel. Lehrerinnen und Lehrer warnten Gesellschaft und Politik vor einem Bildungsabbau und den damit verknüpften Folgen für die kommenden Generationen.

Was mit dem Unwort der «Effizienzsteigerung» schön geredet werde, sei ganz offensichtlich ein Abbau von Dienstleistungen an den Schulen. Die viel zitierte Effizienzsteigerung – und das entsprach dem LVB-Motto der

Veranstaltung – sei in Wahrheit nichts anderes als heiße Luft und diene lediglich dazu, die tatsächlichen Folgen des Sparpakets zu verschleiern.

Gegen Streichungen von Bildungsangeboten und Lohnabbau

Weiter führte Christoph Straumann aus, dass die geplanten Sparmassnahmen einerseits massive Einschnitte beim Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche brächten (Streichung KVS, Halbierung BVS2, Streichung von Beiträgen an spezielle Berufsausbildungen), welche die Chancen vieler Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt senken würden. Die Vergrösserung der Klassen verunmögliche die geforderte Individualisierung, was ebenfalls einen Bildungsabbau darstelle.

Nach der völlig inakzeptablen Umsetzung der 5. Ferienwoche für Lehrper-

sonen würden sich die Arbeitsbedingungen für das unterrichtende Personal weiter verschlechtern, wobei mit der Schlechterstellung als einzige Gruppe innerhalb der Kantsangestellten eine besondere Ungerechtigkeit geschaffen werde. Der Lohnabbau bei den Stellvertretungen werde diese so unattraktiv machen, dass man dafür keine geeigneten Personen mehr finden werde und Klassen dadurch in Zukunft vermehrt unbeaufsichtigt sein würden. Die in der Politik existierende Vorstellung, die Lehrkraft eines benachbarten Klassenzimmers könne für eine ansonsten unbeaufsichtigte Klasse zusätzlich die Verantwortung übernehmen, sei völlig unrealistisch, und jede Haftung für Sach- und Personenschäden in einer solchen Situation müsse kategorisch abgelehnt werden.





Die Erhöhung der Stundenverpflichtung für Fachlehrpersonen der Sekundarstufen I und II bezeichnete Christoph Straumann als noch einschneidender, denn hier komme es de facto für alle Teilzeitangestellten zu einem Lohnabbau, da diese auch in Zukunft nicht mehr Lektionen unterrichten können würden und daher ihr Anstellungsgrad bei gleich bleibender Lektionenzahl sinken. Der Versuch der Regierung, die Lehrerschaft zu entzweien, indem man so die Unterrichtsverpflichtung der Klassenlehrkräfte im Vergleich zu den Fachlehrkräften um eine Lektion geringer dotiere, sei durchschaubar worden. Den Lehrpersonen aber gehe es im Gegen teil darum, durch eine generelle Pflichtstundensenkung mehr Zeit für die Erfüllung ihrer immer anspruchsvolleren Aufgaben zur Verfügung zu haben. Somit könnten sich auch die Klassenlehrpersonen der Sekundarstufen I und II sowie die Primarlehrpersonen in keiner Weise zufrieden zei-

gen. Ohne ausreichende Zeitressourcen würden die jetzt angestrebten Reformbemühungen ins Leere laufen. Damit würden auch die für HarmoS bereitgestellten Gelder keine Wirkung entfalten und seien entsprechend schlecht investiert.

Der Wirtschaftsstandort Baselland benötigt eine ausgezeichnete Volksschule

Der Kanton Baselland, der auf eine hervorragende Bildung angewiesen sei, weil sich der Wirtschaftsraum nur mit «wachen Köpfen» weiterentwickeln könne, brauche das Fundament der Volksschulen, betonte Christoph Straumann. Nicht diese hätten ausserdem die Mehrkosten im Bildungs bereich erzeugt, sondern die bewussten Entscheidungen des Landrats für eine Stärkung der tertiären Bildung. Ohne eine gesunde Volksschule könne aber auch das in die Universität und die Fachhochschule investierte Geld nicht

rentieren. Es gehe nicht an, dass Lehrer- und Schülerschaft nun die Folgen einer verfehlten Finanz- und Steuer politik ausbaden müssten, zumal die weiterhin verfolgte Politik der punktuellen Eingriffe an Orten mit vermutetem geringen Empörungspotential nicht nachhaltig sei. Was es brauche, sei eine finanziell vorausschauende politische Planung mit einer klaren Aufgabenpriorisierung. Dabei müsse neben der Ausgabenseite zwingend auch die Einnahmenseite berücksichtigt werden. Darum sei klar: Dieses Sparpaket gehört zurück an den Absender!

Bemerkenswerte Inputs mit Hilfe des offenen Mikrofons

Nach Christoph Straumanns Ausführungen, die immer wieder von spontanem, lang anhaltendem Applaus unterbrochen wurden, wurde das Mikrofon für die Teilnehmenden geöffnet. Angeline Fankhauser, Präsi-

dentin der Grauen Panther Baselland, ergriff als Erste das Wort und wies darauf hin, dass nach Annahme der Sparpläne in Zukunft jährlich auf 20 statt bisher 10% des Vermögens zurückgegriffen werden könnte, wenn eine Person pflegebedürftig würde. Nicht ohne Sarkasmus wies sie darauf hin, dass man in Zukunft nach fünf Jahren Pflegebedürftigkeit wohl besser gleich sterben solle. Darüber hinaus stelle der geplante Abbau beim ÖV gerade für viele ältere Menschen einen unverhältnismässigen Einschnitt in deren Mobilität dar.

Marianne Meyer-Lorenceau vom VPOD ergänzte, dass der Finanzdirektor trotz der Finanznot des Kantons weiterhin im Sinn habe, ab 2014 die Vermögenssteuern um jährlich 40 Millionen Franken zu senken, was zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben führen werde. Die Entrüstung der Teilnehmenden ob dieser Ankündigung war entsprechend gross. Mehrere weitere Redner und Rednerinnen dachten in der Folge auch laut über einen Streik nach und stellten fest, dass die Lehrerinnen und Lehrer in der Schweiz viel zu lieb seien. Schliesslich sprach noch ein Gymnasiast zu den Anwesenden und versicherte die Lehrerinnen und Lehrer der Unterstützung durch die Schülerschaft, denn wenn es den Lehrkräften nicht gut gehe, dann seien auch die Schülerinnen und Schüler direkt davon betroffen.

Der Abend wurde mit der Verabschiedung der folgenden Resolution abgerundet, welche von den mehr als 800 Teilnehmenden einstimmig beschlossen wurde:

Resolution zum Entlastungspaket 12/15

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Protestversammlung gegen das Entlastungspaket 12/15 halten fest:

Die Baselbieter Kantonsfinanzen sind in Schieflage und müssen mit geeigneten Massnahmen wieder ins Lot gebracht werden. Das von der Regierung geschnürte Entlastungspaket 12/15 (EP 12/15) ist jedoch aus den folgenden Gründen nicht dazu geeignet, dieses Ziel zu erreichen:

- *Das EP 12/15 tangiert einseitig wichtige Dienstleistungsbe-reiche des Service public (Umwelt, Heimatschutz, öffentlicher Verkehr und Bildung) und trifft, neben der breiten Öffentlichkeit, vor allem auch Kinder, Jugendliche und sozial Benachteiligte.*
- *Das EP 12/15 besteht vorab aus kurzfristigen finanziellen Massnahmen, die keinerlei strategische Ausrichtung und finanzpolitische Stringenz erkennen lassen. Das Paket genügt damit den Ansprüchen einer nachhaltigen Finanzpolitik in keiner Weise. Ein effizienter Mitteleinsatz ist eine Daueraufgabe und nicht mit überstürzten Spar-aktionen gleichzusetzen. Das EP 12/15 wird sich auf lange Sicht für den Kanton äusserst nachteilig auswirken.*
- *Das EP 12/15 fügt dem Ruf des Kantons als fairer Arbeitgeber, zuverlässiger Partner und nachhaltig agierender Investor grossen, auch langfristigen Schaden zu. Es kann damit den Ansprüchen einer guten Regierungsführung (Good*

Governance) bei Weitem nicht genügen.

- *Das EP 12/15 ignoriert die Einnahmenseite des Kantons. Dies, obschon der Kanton durch die Steuersenkungen der vergangenen Jahre jährlich auf über 100 Millionen Franken Steuereinnahmen verzichtet.*

Aus diesen Gründen lehnen die Teilnehmenden der heutigen Protestversammlung das EP 12/15 als Ganzes ab und fordern Regierung und Landrat auf, die Kantonsfinanzen nach den Grundsätzen eines ausgewoglichen Finanzaushaltes mit einer entsprechenden Betrachtung der Ausgaben- und der Einnahmenseite zu sanieren. Dabei ist eine nachhaltige Aufgabenpriorisierung, die einer fairen Partnerschaft zwischen allen Betroffenen entspricht,

Abschliessend kann festgestellt werden, dass die Kundgebung in Muttenz ein voller Erfolg war. Das erhoffte deutliche Signal an Landrat und Öffentlichkeit konnte ausgesendet werden. Nun ist die Politik wieder am Zug und muss ihre Lernfähigkeit unter Beweis stellen. Je nach Ausgang der Beschlussverfahren im Landrat wird der LVB seine nächsten Schritte ausgestalten.